

RECYCLING

Der Kampf um den Müll

Wertstoffe sind zu einem Milliardengeschäft geworden und die Städte wollen mitverdienen. Doch wer darf den Müll sammeln: Die Unternehmen oder der Staat?

von Patrick Kremers | 26. August 2010 - 14:35 Uhr

© dpa - Bildfunk



Wem gehört dieser Müll? Private Unternehmen und Kommunen streiten sich nicht nur um Altpapier

Um an seltene Rohstoffe zu gelangen, nimmt die Menschheit so einiges auf sich. Sie buddelt tiefe Löcher in die Erde oder treibt kilometerlange Tunnel in Berge. Nur, damit man am Ende ein paar Gramm eines seltenen Metalls in den Händen hält. Es geht mittlerweile aber viel einfacher. Jeden Tag entsorgen die Deutschen kostbare Rohstoffe: von Lithium über Gold bis hin zu Palladium. Achtlos in die Mülltonne geworfen.

Eine Tonne alter Handys enthält etwa 50 mal so viel Gold wie eine Tonne Golderz aus der ertragreichsten Mine. In Fernsehern, Telefonen und Autos steckt jede Menge Silber. Selbst alte Bratpfannen erzielen auf dem Metallmarkt zurzeit Rekordpreise. Die Preise für Kunststoff und Altpapier sind seit Anfang des Jahres um bis zu 300 Prozent gestiegen.

Von dem Boom profitieren vor allem die privaten Entsorgungsfirmen, denn viele Kommunen haben die Müllabfuhr in den vergangenen Jahren ausgelagert, um Geld zu sparen. Etwa 70 Prozent des deutschen Hausmülls werden von privaten Unternehmen eingesammelt. Das rächt sich jetzt.

Längst haben Städte und Gemeinden erkannt, dass sich mit dem Müll ihrer Bürger viel Geld verdienen lässt. Aber wem gehört der Abfall eigentlich? Die Auffassungen darüber könnten unterschiedlicher nicht sein.

Beispiel Berlin: In der Hauptstadt sammelt das private Unternehmen Alba Wertstoffe wie Plastik oder Metall. Seit kurzem können die Berliner sogar alte Elektrogeräte in den Wertstofftonnen von Alba entsorgen. In der Vergangenheit wurde diese Dienstleistung allein von der Stadt angeboten.

Konkurrenz belebt in diesem Fall aber nicht das Geschäft – zumindest aus Sicht der Berliner Stadtreinigung (BSR). Die BSR hat einen Senatsbeschluss herbeigeführt, der Alba das Einsammeln der kostbaren Wertstoffe untersagt. Das private Unternehmen soll sich nur noch um die gelbe Tonne kümmern. Der Kampf um den Müll wird sich weiter zuspitzen, denn bis Ende des Jahres wird das Kreislaufwirtschaftsgesetz novelliert.

Die Bürgermeister wollen durchsetzen, dass der Recyclingschrott ihnen gehört. Sie sind optimistisch, schließlich hat das Bundesverwaltungsgericht im vergangenen Jahr schon einmal zu ihren Gunsten geurteilt und entschieden, dass Altpapier den Kommunen gehört. Was für Altpapier gilt, könnte auch für andere Wertstoffe gelten. Ob sich dieses Denken mit dem Wettbewerbsrecht der EU vereinbaren lässt, müssen dann Gerichte klären.

Die Konkurrenz wird sich dagegen wehren, schließlich geht es um sehr viel Geld. Die Betriebe der Recyclingwirtschaft hätten im vergangenen Jahr Wertstoffe im Wert von sieben Milliarden Euro verkauft, heißt es vom Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft. "Die Kommunen sollten sich auf die Aufgaben der Daseinsvorsorge konzentrieren und nicht immer mehr unternehmerisch tätig werden", fordert Peter Kurth, Präsident des Branchenverbandes.

Die Kommunen sehen das naturgemäß anders. Wenn in den vergangenen Jahren mit Abfall nur wenig Geld zu verdienen war, hätten sich die privaten Entsorger häufig zurückgezogen. "Was die privaten Unternehmen machen ist Rosinenpicken", kritisiert Simon Burger vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Die Kommunen müssten sich in jedem Fall um die Abfuhr des Mülls kümmern – unabhängig davon, ob sich damit Geld verdienen lässt oder nicht. Es gehöre zu ihren Aufgaben.

Eine Goldgräberstimmung macht sich breit, denn mit Müll könnten die Kommunen je nach Stadtgröße einen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr verdienen. In Zeiten knapper Stadtkassen ist das ein willkommenes Zubrot. Die Vereinten Nationen schätzen, dass in Europa jährlich Gold, Silber und Palladium im Wert von mehr als fünf Milliarden Euro weggeschmissen wird.

Allein in Deutschland werden laut Bundesumweltamt (BMU) jedes Jahr bis zu 900.000 Tonnen alter Elektrogeräte entsorgt. Weltweit landen mehr als 40 Millionen Tonnen Elektroschrott im Abfall. Die Tendenz ist stark steigend, denn immer mehr Elektrogeräte gehen über die Ladentheken dieser Welt.

"Viele Kommunen haben bei der Müllentsorgung mit falschen Vorstellungen privatisiert", sagt Thomas Lenk, Finanzwissenschaftler an der Universität Leipzig. Die erhoffte

Entlastung der Haushalte sei nicht eingetreten. Im Gegenteil: Die städtischen Entsorger hätten Mitarbeiter entlassen. Dadurch seien die Sozialkosten gestiegen, die am Ende die Ersparnisse der Privatisierung aufgeessen hätten.

Die Kommunen haben noch einen weiteren Grund, die Fehler der Vergangenheit rückgängig zu machen. Sie besitzen mit alten Mülldeponien einen zusätzlichen, ungehobenen Schatz. Mit einer immer besser werdenden Recycling-Technik wird sich in der Zukunft sogar lohnen, die Deponien wieder zu öffnen, den Müll zu bergen und zu verwerten. Bei Stuttgart holt das Abfallwirtschaftsamt Zollernalbkreis zurzeit Proben aus einer alten Deponie und lässt sie von der Universität Gießen auswerten. Die Wissenschaftler sollen klären, ob es sich lohnt, die Deponie zu öffnen.

Ein Wermutstropfen bleibt den Kommunen allerdings: Über das zusätzliche Geld können sie nicht frei verfügen. Jeden Cent, den sie mit Recycling verdienen, müssen die Gemeinden später in die Kalkulation der Müllgebühren stecken. "Gebühren sind immer zweckgebunden", sagt der Finanzwissenschaftler Lenk. "Die Kindergartengebühr muss für den Kindergarten genutzt werden und die Müllgebühr für den Müll."

In der Praxis bieten sich den Kommunen trotzdem Möglichkeiten, das Geld anderweitig zu verwenden. Viele Städte und Gemeinden haben ihre Müllentsorgung in kommunale Gesellschaften ausgelagert, die nicht sehr streng beaufsichtigt werden. Dort können die Kommunen freier über Geld verfügen. In seltenen Fällen kommt es auch vor, dass Gemeinden mit zusätzlichem Geld andere Bereiche quersubventionieren – etwa Sport oder Kultur. Sie dürfen sich nur nicht erwischen lassen.

Die Privaten ahnen, dass sie gegen die Kommunen keine Chance haben. Deshalb gehen die ersten Unternehmen bereits auf Tuchfühlung. In Hamburg hat zum Beispiel der Entsorger Veolia mit der Stadt ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet. Die Stadt sammelt das Altpapier ein und Veolia verkauft es auf dem Markt. Im Gegenzug erhält die Stadt einen Garantiepreis. So profitieren beide Seiten.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2010-08/muell-kommunen>